

GERMAN INSTITUTE FOR ECONOMIC RESEARCH

HABECKS MARSCH IN EINE PLANWIRTSCHAFT

HABECKS MARSCH IN EINE PLANWIRTSCHAFT 1

Der Anlass	1
Das Kind braucht einen Namen	1
Umsetzung	2
Viel Geld für nichts – Deutschland rettet das Weltklima nicht!	2
Aktionismus statt durchdachter Konzepte – chaotische Ökodiktatur	3
Ein ungeeignetes Prinzip	5
Die Folgen – Gefährdung Deutschlands Wirtschaft	6
Ideologisches	8
Deindustrialisierung	8
Aus dem Tollhaus – Zahlung für Nichts und Negativpreise	11
Umverteilung und Bürokratie	11
Resümee – Gute Absichten ersetzen keine Expertise.....	12

Klimapolitik ist natürlich im Kern Wirtschaftspolitik, da sie direkten Einfluss auf wirtschaftliche Prozesse nimmt. Aufgrund des Platzes, den sie im öffentlichen Diskurs einnimmt, ist es berechtigt, sie gesondert zu thematisieren. Das gilt an dieser Stelle besonders, da sie in außerordentlichem Maße von der Politik beeinflusst wird.

Der Anlass

Die Forschung konstatiert eine Erhöhung des CO₂-Gehaltes in der Luft seit der Industrialisierung, was die Klimaerwärmung befördert. Sie weist auch darauf hin, dass der Wert vor 30 Mio. Jahren deutlich höher (1000 ppm) und auch tiefer lag (während der Eiszeit 180 – 300 ppm) als heute (am 17.7.2023 waren es 421 ppm). Die zum Teil hysterisch anmutenden Aufwallungen der „Letzten Generation“ und „Fridays for Future“ machen glauben, dass unbedingt und unverzüglich gehandelt werden müsse. Andernfalls sei die Menschheit gefährdet. Die Politik sei gefordert. Es sei dringend geboten, die Klimaerwärmung zu bremsen.¹

Das Kind braucht einen Namen

In der Politik müssen den Vorhaben Namen gegeben werden. So werden sie griffiger. Das Ziel der Energiewende ist nach Robert Habeck die „sozial-ökologische Marktwirtschaft“². Das klingt progressiv und vertraut zugleich: Der positiv belegte Begriff „soziale Marktwirtschaft“ verweist auf das Wirtschaftswunder, auf jene Epoche deutscher Politik, in der Angebot und Nachfrage den Preis bestimmten. Doch Habeck will umgekehrt mit Markteingriffen den Preis und damit das Wirtschaftsgeschehen

1 „Schon in den kommenden Jahren könnte die 1,5-Grad-Marke überschritten werden. Grünenpolitiker Robert Habeck will das mit allen Mitteln verhindern.“ Habeck, Robert: *Wir dürfen den Blick auf den großen Horizont nicht verlieren*, (12. Mai 2022) in Spiegel Politik <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/robert-habeck-zur-energiewende-die-zeit-laeuft-uns-davon-a-843d17dd-7d6d-42d0-8c2d-785dd429defe> (zuletzt aufgerufen am 2.8.2023).

2 Bundesministerium für Wirtschaft und Umweltschutz <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/soziale-marktwirtschaft.html> (zuletzt aufgerufen am 22.4.2024) und Tagesschau vom 26.1.2022, von Hans-Joachim Vieweger, ARD-Hauptstadtstudio „Minister Habeck will in seinem ersten Jahreswirtschaftsbericht neue Akzente setzen. Sein Ziel ist eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/habeck-jahreswirtschaftsbericht-101.html#Wachstum%20nicht%20vernachlässigen> (zuletzt aufgerufen am 28.2.2023).

bestimmen: Er instrumentalisiert den Begriff Marktwirtschaft für planwirtschaftliche Zwecke. Er definiert ihn zum Gegenteil seiner ursprünglichen Bedeutung um.

Exkurs: Das Spezifische der sozialen Marktwirtschaft

Das Spezifische der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass in einem fairen und freien Markt das freie Spiel von Angebot und Nachfrage den Preis bestimmt. Dieses Ordnungsprinzip negierte Habeck: Er ersetzte die ordnende Hand des Marktes durch Dirigismus. Er zielte darauf ab, den Marktpreis und damit den Kapital- und Güterfluss zu lenken. Aber nicht nur das: Es wurde der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Gemeinschaft (AEUV Art. 3 und Art. 119) missachtet, der die Umsetzung eben dieser sozialen Marktwirtschaft nachdrücklich gebietet. Das alles geschah, obwohl umweltgerechte Politik natürlich auch sozialmarktwirtschaftlich gestaltet werden könnte (s. Kap. 14).

Beispiel: Begriffsverwirrungen

Begriffsverwirrungen gehören zum Handwerkzeug der Politik. Dazu zwei weitere Beispiele:

- Unter Vermögen versteht der Normalbürger einen Bestand an Guthaben. Bei Sondervermögen des Bundes handelt es sich aber um eine Genehmigung für neue Darlehen. Es sind also Schulden. 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr hört sich positiver an als 100 Mrd. € mehr Schulden wegen der Versäumnisse der Regierung in der Vergangenheit. Der 200-Mrd.-€-„Doppelwumms“, der Bürger und Unternehmen bezüglich der gestiegenen Energiekosten entlasten soll, ist am Ende ein Kredit, den die Bürger zuzüglich Zinsen und Umverteilungs-kosten zu zahlen haben.

- Das 9-Euro-Ticket, mit dem in den Monaten Juni bis August 2022 alle Busse, Bahnen im Nah- und Regionalverkehr drei Monate genutzt werden durften, hat die Bundesbürger keineswegs nur 9 Euro gekostet! Vielmehr hatte der Bund den Ländern 2,5 Mrd. € an Kostenzuschüssen überwiesen.³ Ob das allerdings reichte, alle Kosten zu übernehmen, kann hier nicht sicher gesagt werden (höherer Verwaltungsaufwand, mehr Verschleiß, ...).

Umsetzung

Die Umsetzung der Klimapolitik erfolgt mit sehr viel Geld und planwirtschaftlichen Mitteln.

Viel Geld für nichts – Deutschland rettet das Weltklima nicht!

Politik sollte sich an Fakten orientieren. Sie ist gehalten, mit dem Geld der Bürger verantwortlich umzugehen. Es ist also sinnvoll, sich einige Größenordnungen in der Klimapolitik bewusst zu machen:

1. Deutschland hat ca. 1,79 % der weltweiten CO₂-Emissionen zu verantworten (China 30,68 %, USA 13,61 %, Indien 7,62 %)⁴. Daraus resultiert laut Formel des Weltklimarates eine Klimaerwärmung von 0,000653° C pro Jahr. Im Angesicht dessen ist festzustellen, dass Deutschland das Weltklima praktisch nicht beeinflusst.

Exkurs 1: Klimaerwärmung in Folge deutscher CO₂-Emissionen

Rechnen wir überschläglich nach: Seit 1970 hat sich das Weltklima um ca. 1,75 °C erwärmt. Das sind $(1,75/54=)$ 0,0324 °C im Jahr. Wenn die gesamte Erwärmung ausschließlich auf CO₂-Emissionen zurückzuführen wäre, so ergäbe das 0,0324 °C im Jahr. Bei einem Anteil Deutschlands von 1,8 % am weltweiten CO₂-Ausstoß sind das $0,0324 \times 0,018 = 0,0005832$ °C im Jahr.

2. Damit die Energiewende gelingt, müssen gigantische Beträge aufgewendet werden. Laut der BDI-Studie „Klimapfade 2.0 – Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft“ vom 15.3.2022 sind zur Erreichung der 2030-Ziele Mehrinvestitionen von über 400 Mrd. € in der Energiewirtschaft

³ Böhl, Lukas: *Wie viel hat das 9-Euro-Ticket insgesamt gekostet?* <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.9-euro-ticket-kosten-bund-mhsd.a971672d-ee90-450d-b2d1-fd6326c7bc13.html> (zuletzt aufgerufen am 2.8.2023).

⁴ Statista 2024 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/179260/umfrage/die-zehn-groessten-co2-emittenten-weltweit/> (letzter Aufruf: 13.2.2024).

nötig.⁵ Andere Quellen wie das ifo-Institut gehen – je nach Rahmenbedingungen – zwischen 500 und 3.000 Mrd. € bis 2050 aus.⁶ Diese Beträge werden letztlich vom Steuerzahler und Verbraucher aufzubringen sein. Selbst das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gesteht ein, dass das Mammut-Projekt Energiewende Mehrkosten bis 2030 zwischen 300 und 500 Mrd. Euro verursachen wird.⁷

Die gegenwärtige deutsche Klimapolitik erfordert einen riesigen Aufwand, hat aber praktisch keinen positiven Klima-Effekt. Viel zu investieren, um praktisch nichts zu bekommen, zeugt nicht von Klugheit. So zu handeln ist ökonomisch ineffektiv. Es ist (Geld-)Verschwendung. Sie wird an den erwarteten Klimaschäden (bis 2050 zwischen 280 € und 900 Mrd. €⁸) nichts ändern.

Also nichts tun? Doch! Aber es gilt die Realität vor Augen zu haben. Dann wird sofort sichtbar: globale Probleme können nur global gelöst werden. Dabei sollten Gelder weltweit dort eingesetzt werden, wo sie am effektivsten das Ziel erreichen. Wie das geschehen kann, wird in Kapitel 14 dargelegt.

Anmerkung: Es war zu lesen, dass die Klimapolitik zukunftstaugliche Arbeitsplätze schüfe.⁹ Das trifft für unser Land nach den bisher gemachten Erfahrungen leider nicht zu. Vielmehr sind entsprechende Firmen nicht wettbewerbsfähig, wurden verkauft, sind zum Teil oder sogar ganz abgewandert.¹⁰

Aktionismus statt durchdachter Konzepte – chaotische Ökodiktatur

Von einem so wichtigen und teuren Vorhaben wie der Klimawende ist zu erwarten, dass es gründlich vorbereitet wird. Stattdessen erleben wir einen ideologiegetriebenen Aktionismus (von manchen Ökologismus genannt). Zum Einsatz kommen dabei planwirtschaftliche Lenkungsinstrumente:

Subventionen (z. B. beim Kauf von E-Autos, Energiepreisdeckel, Klimageld), **besondere Steuern und Abgaben** (Ökosteuer, CO₂-Abgabe ...), **Gebote** (z. B. Taxonomie-Verordnung, Wärmedämmvorschriften, Heizungsart, Lieferkettengesetz), **Verbote** (z. B. zukünftig keine Verbrennungsmotoren, keine neuen Ölheizungen ...), „**Maßnahmen zur Transformation der deutschen Wirtschaft**“¹¹ (2022 alleine im Umfang von 60 Mrd. €) und eine **Zweckentfremdung finanzieller Mittel** (z. B.: Corona-Notlagen-Kredite fließen in einen 60-Mrd.-Klimafonds¹² und sollten zweckentfremdet werden).

Exkurs: Subventionen

Subventionen sind wider die Soziale Marktwirtschaft, denn – so frei nach Ludwig Erhard – wo sind die objektiven Maßstäbe, nach denen jemand zu sagen wüsste, wer Subventionen bekommen soll, wem sie vorzuenthalten sind und wer sie zu bezahlen hat?¹³ Ohne einen objektiven Maßstab fallen

⁵ Rolle, Carsten BDI: *Steigende Stromkosten: Herausforderung für die Industrie* 5.3.2022 Gefunden in:

<https://bdi.eu/artikel/news/steigende-stromkosten-herausforderung-fuer-die-industrie#:~:text=Die%20Energiewende%20ist%20ein%20Gro%C3%9Fprojekt,2030%20in%20der%20Energiewirtschaft%20n%C3%B6tig> (letzter Aufruf am 4.4.2023).

⁶ Pittel, Karen und Henning, Hans-Martin: *Was uns die Energiewende wirklich kosten wird*; Ifo Institut 12.7.2019. Gefunden in

<https://www.ifo.de/medienbeitrag/2019-07-12/was-uns-die-energiewende-wirklich-kosten-wird#:~:text=Die%20kumulativen%20systemischen%20Mehrkosten%20P%C3%BCr,Bruttoinlandsprodukts%20aus%20dem%20Jahr%20018> (letzter Zugriff 4.4.2023).

⁷ Böhm, Luliusm (23. Januar 2024) *Habeck-Behörde gibt öffentlich zu: Energiewende wird hunderte Milliarden Euro teurer als geplant* Nius in

<https://www.nius.de/energie/habeck-behoerde-gibt-oeffentlich-zu-energiewende-wird-hunderte-milliarden-euro-teurer-als-geplant/d5107f94-627e-490b-b5f4-5c785bfbed0f> (letzter Aufruf: 26.4.2024).

⁸ Studie Die Kosten des Klimawandels betragen „bis 2050 zwischen 280 und 900 Milliarden Euro. Das ergibt eine aktuelle Studie, die das Bundesministerium für Klimaschutz beauftragt und das Bundesumweltministerium fachlich begleitet hat. Die Studie analysiert aktuelle und zukünftige Folgekosten des Klimawandels für Deutschland.“ Aus: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/kosten-klimawandel-2170246>.

⁹ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2011) *Umweltschutz schafft Arbeitsplätze* in:

https://www.bundesregierung.de/statisch/klimakonferenz/nn_930106/Webs/Breg/un-klimakonferenz/Content/StatischeSeiten/klimaschutz-rechnet-sich_page-0.html. (letzter Aufruf: 18.3.2024).

¹⁰ S. Kap. 12.

¹¹ 2022 alleine im Umfang von 60 Mrd. €. Kinkartz, Sabine: (2022, 26. Januar). *Soziale Marktwirtschaft war gestern*. Deutsche Welle. <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/soziale-marktwirtschaft-war-gestern/ar-AAT9TqC?ocid=m-sedgntp> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

¹² (o. V.): (2022, 27. Januar). *Steuerzahlerbund wirft Ampelkoalition Fehlstart vor*. Oldenburger Onlinezeitung. <https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/steuerzahlerbund-wirft-ampelkoalition-fehlstart-vor-79337.html> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

¹³ Erhard, Ludwig *Wohlstand für Alle* Econ, Düsseldorf 1957.S. 142.

Subventionen aber der Beliebigkeit anheim. Sie sind willkürlich. Sie höhlen die Soziale Marktwirtschaft bis zur Unkenntlichkeit aus.

Sind Produkte am Markt begehrt, kommen sie ohne Subventionen aus. Werden sie aber gezahlt, dann steigern sie entweder die Gewinne auf Kosten der Steuerzahler, oder entsprechende Produkte sind am Markt nicht wettbewerbsfähig! Subventionen führen in beiden Fällen zu Fehllenkungen von Kapital. Das zeigte sich auch am Beispiel der „Zukunftsinvestition“ Wallbox (privates Ladesystem für E-Autos). Nur durch Subventionen war das Produkt verkäuflich. Als die Subventionen gestrichen wurden (900 € je Station), brach die Nachfrage bei Amperfield (Tochterunternehmen von Heidelberger Druckmaschinen) weg¹⁴.

Lenkungsmaßnahmen im Einzelnen

- a) Der Aktionismus zeigt sich konkret in Folgendem: Atomreaktoren werden vom Netz genommen und Kohlekraftwerke abgeschaltet. Die Folgen: Vermehrte CO₂-Emissionen und eine hausgemachte Stromknappheit, die durch Sanktionen (kein billiges russisches Öl und Gas mehr) wegen des russisch-ukrainischen Krieges noch verstärkt werden. Um die entstandene Energie-Lücke zu schließen, kauft Deutschland massiv Energieträger auf dem Weltmarkt ein. Stark gestiegene Weltmarktpreise sind die Folge. Die hohen Preise zwingen Länder wie Pakistan, Bangladesch und Indonesien dazu, neue Kohlekraftwerke zu bauen. Während bei uns Kohlekraftwerke stillgelegt werden, entstehen weltweit 1.380 neue Kohlekraftwerke oder sind in Planung.¹⁵ Weltweit kommt es zu einer Steigerung der CO₂-Emissionen – und nicht zu einer Senkung. In Deutschland ist zwar die Förderung von Fracking-Gas verboten, doch zugleich wird in riesigen Mengen Fracking-Gas teuer aus den USA importiert, um billiges russisches Gas zu ersetzen.
- b) Eine Reihe von Windkraft- und Solaranlagen sind zwar installiert, aber trotz der Subventionen längst nicht ausreichend, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.
- c) Zu den Maßnahmen der Regierung zählt auch die Pflicht zur Haussanierung (Wärmedämmung).¹⁶ Nach einem entsprechenden EU-Richtlinienentwurf sollen bis 2033 alle Wohngebäude dem Energiestandard D (Energieverbrauch zwischen 130-160 kWh/m²) entsprechen.
- d) Es sollen neue Gas- und Ölheizungen (ab 2024) verboten werden. Zur Zeit kommen stattdessen aktuell praktisch nur Wärmepumpen in Betracht. Doch deren Effizienz ist niedriger als erwartet¹⁷ Dabei sind Verbote ohne Alternative schädlich.¹⁸
- e) Es fehlen die Fachkräfte, um die zu erwartende Zahl von Installationen bewerkstelligen zu können.
- f) Kommunen und Gemeinden fehlt das Geld, um die Gebäude (Schulen, Rathäuser, Turnhallen ...) dem neuen Standard gemäß auszustatten.
- g) Ein Anschluss an ein Wärmenetz, Altersbegrenzungen für Ölheizungen und der Zwang zu Wärmepumpenanlagen bei Neuanlagen.

¹⁴ Dierig, Carsten (21. Juni 2023) *Das Ende des Wallbox-Märchens bei Heidelberg*, Die Welt S. 10.

¹⁵ (o. V.): (2018, 5. Oktober). *Kohleindustrie: Weltweit sind 1.380 neue Kohlekraftwerke in Planung*. Naturstrom AG. <https://www.energiezukunft.eu/wirtschaft/weltweit-sind-1380-neue-kohlekraftwerke-in-planung/> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

Liudmila Kotlyarova: (6.6.2023) *Rettet Habecks Wärmewende das Klima, während China mehr als 300 Kohlekraftwerke baut?* Berliner Zeitung <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/kann-robert-habecks-waermewende-gelingen-waehrend-china-ueber-300-neue-kohlekraftwerke-baut-li.355740> (letzter Zugriff 18.12.2023).

¹⁶ Huber, Patrica: *Nächster Kosten-Hammer für Hausbesitzer: EU plant Sanierungs-Pflicht* Mercur 15.03.2023 in: <https://www.merkur.de/wirtschaft/wohnungen-renovierung-klimaschutz-gebaeude-sanierung-eu-pflicht-energieeffizienz-klasse-d-haeuser-92131905.html>.

¹⁷ Wendnagel, Jürgen, Haustech.de 2023: *Effizienz ist niedriger als erwartet* gefunden in:

<https://www.haustech.de/heizung/waermepumpen/waermepumpen-praxistest-die-effizienz-ist-niedriger-als-erwartet> (zuletzt aufgerufen am 6.4.2023). Nur wenige Anlagen erreichen in der Monitoringphase die Zielwerte des EEWärmeG.“

Die JAZ gibt das Verhältnis der abgegebenen Wärmemenge zur aufgenommenen elektrischen Energie wieder.

¹⁸ Walter, Amy: *Wirtschaftsweise zu Habecks Heizplänen: „Kann entscheidender Baustein für Scheitern von Klimaschutz werden“*, Frankfurter Rundschau 24.3.2023 gefunden in: <https://www.fr.de/wirtschaft/plaene-wirtschaftsweise-grimm-robert-habeck-heizungsverbot-kritik-92163435.html> (zuletzt aufgerufen am 8.4.2023) und Grimm, Veronika in: 1&1 Mail & Media/spot on news 08.03.2023, 12:05 Uhr.

- h) Die E-Mobilität soll die Verbrennungsmotoren im KFZ-Bereich praktisch vollständig ersetzen. Andere „grüne“ Technologien, wie beispielsweise die des Wasserstoffs, sind noch lange nicht in der Breite umsetzbar und nach heutigem Erkenntnisstand sehr teuer.
- i) Erst wurden konventionelle Energien durch Steuern und Abgaben künstlich verteuert (der höhere Preis sollte den Konsum verteuern, dadurch den Verbrauch und somit Emissionen drücken). Durch die weltweit steigenden Energiekosten kam es zu „sozialer Härten“. Es wurden Zuschüsse gewährt. Das Beispiel zeigt: Die Klimapolitik verteuert erst die Energie, was in bestimmten Bereichen zu Härten führt, woraufhin sich die Politik dann veranlasst sieht, für bestimmte Personengruppen die Energie wieder zu verbilligen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es ihr gar nicht um die Reduzierung von Emissionen geht, sondern um Umverteilung.
- j) „CO₂-Einsparungen durch die bundesdeutsche Heizwende beeinflussen das Klima zu 0,0 %“,¹⁹ sind aber sehr teuer.

Ein ungeeignetes Prinzip

Derzeit soll beispielsweise durch eine weitere Verteuierung fossiler Energieträger – also durch einen höheren Preis (z. B. der Benzinpreis durch eine CO₂-Abgabe) – die Verbrennung fossiler Energieträger und damit die „Umweltverschmutzung“ verringert werden, so die Wirtschaftswoche. Veronika Grimm.²⁰ Das klingt zunächst logisch, da unterstellt wird, dass höhere Preise zu geringeren Umsätzen führen. Doch stimmt das immer?

1991 wurde in Schweden eine CO₂-Steuer eingeführt. Thomas Puls und Tilo Schaefer (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln) zeigen auf, dass die Emissionen 15 Jahre lang weiter stiegen. Erst als 2017 Bio-Kraftstoffe vermehrt zum Einsatz kamen und der Bio-Diesel – weitgehend steuerfrei gestellt – dadurch eine CO₂-freie preisgünstige Kraftstoffalternative war, sanken die CO₂-Emissionen. Das bedeutet: Damit eine neue oder erhöhte Steuer die Nachfrage senkt, muss das entsprechende Produkt (Dieselkraftstoff) entweder entbehrlich sein, oder es muss eine preisgünstige Alternative existieren.

Werden die Randbedingung außer Acht gelassen, so ist festzustellen, dass die CO₂-Abgabe in die Kassen des Staates fließt. Der bezahlt damit alles Mögliche, nicht aber die Beseitigung des CO₂-Anstiegs in der Luft. Das ist so, als ob der Autofahrer für die Straßenreinigung bezahlt, ohne dass die Straßen gereinigt werden! Würden die Soziale Marktwirtschaft und damit ihre Prinzipien umgesetzt, so müsste der Staat (an Stelle des CO₂-Emittenten) so viel an Gebühren verlangen, die nötig sind, um die CO₂-Emissionen der Luft (insoweit wie diese nachweislich schädlich sind) wieder zu entnehmen und das auch tun! Davon kann aber keine Rede sein. Derzeit werden die Emissionen bestenfalls durch Verbrauchseinbußen reduziert, nicht aber durch Investitionen, um Schadstoffe aus der Luft zu filtern. In der derzeitigen Situation hat der Staat gar kein Interesse daran, dass weniger Öl verbrannt wird, weil dann seine CO₂-Steuer-Einnahmen sinken! Die gegenwärtig angewandte Methode ist also unzureichend und wider die Soziale Marktwirtschaft.

Zur Abfederung sozialer Härten soll Klimageld²¹ gezahlt werden. Das wiederum bremst den CO₂-Einspar-Effekt und führt zudem zu Umverteilungen und zusätzlichem unwirtschaftlichen bürokratischen Aufwand.

¹⁹ Böhm, Christian.: „Experte rechnet vor, warum Habecks Heizungs-Wende ein Klima-Reinfall ist“, Focus 11.5.2023 gefunden in: https://www.focus.de/finanzen/kosten-und-nutzen-in-keinem-verhaeltnis-experte-rechnet-vor-warum-habecks-heiz-wende-ein-klima-reinfall-ist_id_193226146.html (letzter Aufruf am 13.7.2023).

²⁰ (o. V.) *Wirtschaftswoche fordert höheren CO₂-Preis*, N-TV 1.1.2024 <https://www.n-tv.de/politik/Wirtschaftswoche-fordert-hoeheren-CO2-Preis-article24631548.html>.

²¹ Ramthun, Christian (2024, 12. April) *Bundesfinanzministerium kann 2025 das Klimageld auszahlen*, Wirtschaftswoche in <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/ausgleichszahlung-bundesfinanzministerium-kann-2025-das-klimageld-auszahlen-/29751860.html> (letzter Aufruf 20.4.2024).

Die Folgen – Gefährdung Deutschlands Wirtschaft

Die Folgen der eingeschlagenen Politik sind umfassend und ökonomisch verheerend. Sie stellt unser Land vor große finanzielle und deswegen auch gesellschaftliche Herausforderungen.

Dazu einige Punkte:

1. Um den Zwängen zu entgehen, werden, soweit möglich, vermehrt Öl- und Gasheizungen eingebaut, die in den Anschaffungskosten weit günstiger sind als Wärmepumpenlösungen. Diese vorgezogenen Anschaffungen führen zu Preissteigerungen (s. dieses Kap. Heizungsdictat – ökologische Planwirtschaft und die Folgen). Sie berücksichtigen nicht die Betriebskosten.
2. Die sprunghaft steigende Nachfrage nach Wärmepumpen wird deren Preise steigen lassen (sektorale Marktüberhitzung). Das lockt ausländische Konkurrenten an. Kommen diese auf den deutschen Markt, werden die Preise nicht so stark steigen, aber Geld wird ins Ausland fließen. Aus den Erfahrungen aus Wind- und Voltaikanlagen ist nicht zu schließen, dass deutsche Firmen Vorteile daraus ziehen. Zu erwarten ist eher eine Schwächung unserer Wirtschaft durch Kaufkraft- und Know-how-Abfluss.

Exkurs: Viessmann

Der Verkauf der Wärmepumpenabteilung von Viessmann an eine US-Firma kann dahingehend interpretiert werden, dass die Firma die Chance wahrgenommen hat, sich diesbezüglich aus Deutschland (hohe Kosten, geringes Fachpersonal, viel Bürokratie, hohe Steuern) zu verabschieden.

3. Die Nachfrage nach Strom wird wegen des vermehrten Einsatzes von IT-Technologie (Rechenzentren/ Server, Kühlung, Speicher, USV, Netzwerk), Wärmepumpen, der expandierenden E-Mobilität und KI-Technologie stark steigen. Dadurch werden die Strompreise weiter anziehen, zumal dann, wenn das Stromangebot nicht entsprechend steigt. Zudem: Erhöht sich der Anteil erneuerbarer Energien, steigen zusätzlich die Systemkosten (s. unten).
4. Strompreissteigernd wirken auch die hohen Bieterzuschläge bei der jüngsten Offshore-Wind-Auktion (12,6 Milliarden Euro) für Windkraftfelder im deutschen Teil von Nord- und Ostsee. Diese Gebühren werden schließlich die Verbraucher zahlen müssen.
5. Kommt es infolge steigender Strompreise zu vermehrten Härtefällen bei Privaten oder bei Firmen, wird das die Politik dazu veranlassen, die Umverteilungsmechanismen weiter auszudehnen, mit der Folge vermehrter Bürokratie und weiterer Mehrkosten.
6. Der zu erwartende steigende Stromverbrauch wird eine deutlich ausgeweitete Infrastruktur und entsprechende Geldmittel erfordern.
7. Der momentane Fachkräftemangel macht es derzeit unmöglich, die geforderten Maßnahmen überhaupt umzusetzen. Und wenn sie umgesetzt werden, dann zu erhöhten Preisen.
8. Die gegenüber fossilen Energieträgern verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit birgt ohne international verbindliche Abkommen, die die Fairness gewährleisten, ein veritables ökonomisches Risiko.
9. Die Regierung will
 - a. finanzielle Anreize auch für private Anlagen schaffen (Subventionen z. B. bei Chipfabriken in Dresden und Magdeburg) und
 - b. finanziell schwächeren Haushalten – ebenfalls durch Subventionen – helfen. Irgend jemand muss diese Subventionen letztlich bezahlen. Es wird also zu Umverteilungseffekten kommen. Für die somit zusätzlich Belasteten lohnt sich Leistung immer weniger.

In der gegenwärtigen Situation hat die Energiewende eine fortgesetzte Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt zur Folge.

Exkurs: Strompreiskomponenten

Neben den Entstehungskosten (für Rohstoffe, Konstruktion, Instandhaltung, Lohnkosten, Versicherung, Pacht, Brennstoffe, Rückbau, Entsorgung, Grundstückskosten) fallen auch sogenannte Systemkosten an, die – entgegen den Entstehungskosten – für Wind- und Sonnenenergie besonders hoch sind.

Zu den Systemkosten zählen Kosten für:

- den durch die Integration nötigen Netzausbau und die Netzerweiterung,*
- Netzeingriffe zur Aufrechterhaltung der Versorgung, insbesondere bei unerwarteten Ausfällen,*
- erwartete Ausfälle zum Beispiel für Wartung oder bei nächtlicher Windflaute (Backup).*
- eine Überproduktion an sonnen- oder windreichen Tagen, wenn der zu viel produzierte Strom nicht verbraucht wird,*
- Reduktion von Vollaststunden; denn Solar und Wind können bestehende Kraftwerke nicht ersetzen; weil sie beispielsweise bei nächtlichen Windflauten gebraucht werden, müssen sie vorgehalten werden, bzw. können nicht unter Vollast fahren und werden dadurch unrentabler (der Strom wird teurer),*
- notwendige Kapazitätsanpassungen; denn es ist eine Anpassung des Kraftwerksparks nötig, z.B. durch Gaspeaker oder durch noch zu schaffende Speicher, die schnell hochgefahren werden können, um Spitzenbelastungen decken zu können,*
- erhöhten Verbrauch und Verschleiß bei fossilen Kraftwerken infolge steiler Leistungsrampen von Wind und Solar in Lastfolge.*

Dabei gilt: Mit steigendem Anteil an Wind- und Solarenergie am Energiesystem steigen die Systemkosten überproportional.²² Erneuerbare Energieträger werden dadurch mit zunehmendem Anteil (relativ gesehen) unökonomischer. Ob sich das zukünftig ändert, wird sich erweisen müssen. Wichtig ist festzustellen, dass die häufig als Vergleichsreferenz benutzten Entstehungskosten nicht sachgerecht sind.

Selbst der Bundesrechnungshof stellt der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis aus: „Für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung muss die Bundesregierung umgehend und zielgerichtet umsteuern.“²³ Gemäß Paragraph 1 EnWG soll die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich sein. Die ersten beiden Punkte dieser Ziele würden verfehlt. Nach dem Bericht ist die Versorgung nicht sicher, weil der Ausbau nicht ausreiche, Dunkelflauten zu überbrücken. Außerdem seien weitere Preissteigerungen absehbar. Die hohen Strompreise seien ein erhebliches Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Akzeptanz in der Energiewende, heißt es in dem Bericht.

Wie chaotisch die Ergebnisse der ideologisch getriebenen Politik sein können, offenbart ein Artikel in der NZZ.²⁴ Darin heißt es, dass es richtig sei, „dass auf den Staat bis Jahresende Zahlungen in Höhe von bis zu 20 Milliarden Euro zukommen könnten“, so Habeck zur Nachrichtenagentur Bloomberg.“ Wie das? Der Staat garantiert den Produzenten einen Mindeststrompreis für regenerativen Strom und den Abnehmern einen maximalen Preis. Auftretende Differenzen werden vom Staat bezahlt. Das ist Planwirtschaft in Reinkultur.

„In manchen Mittagsstunden im Mai wurde derart viel Sonnenstrom ins Netz eingespeist, dass der Marktpreis auf minus 13 Cent für jede produzierte Kilowattstunde fiel. Doch der Staat erstattete den Abnehmern nicht nur diese Summe, zusätzlich wurde den Produzenten auch noch die Produktion mit 7

²² Ueckerdt, Falko; Löwe Hirth; Löwe; Luderer, Gunnar; Edenhofer, Ottmar: System LCOE: Wie hoch sind die Kosten variabler erneuerbarer Energien? <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0360544213009390/> 15. Dez. 2013 (zuletzt aufgerufen am 2.4.2023)

²³ (o. V.) Bundesrechnungshof (2024 7. März) Energiewende nicht auf Kurs: *Deutschland hinkt seinen ambitionierten Zielen hinterher* in: <https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/energiewende.html?nn=23488>.

²⁴ Bockenheimer, Johannes C (7. Juni 2024): *Solarboom reißt riesiges Loch in die deutsche Staatskasse*, NZZ in: <https://www.nzz.ch/international/solarboom-reisst-riesiges-loch-in-die-deutsche-staatskasse-ld.1834026> (zuletzt aufgerufen am 9.6.2024).

Cent je Kilowattstunde vergütet, wie es das Erneuerbare-Energien-Gesetz vorsieht. Das heisst: Der Staatshaushalt wurde mit 20 Cent für eine Kilowattstunde Strom belastet, die niemand gebraucht hat.“²⁵

Die Rechnung wird für den Staat noch weiter steigen, denn bis 2030 sollen in Deutschland weitere Solaranlagen mit insgesamt 30 Gigawatt installiert werden. Der Ökonom Frondel fällt ein düsteres Urteil: «Statt einer ökologischen Erfolgsgeschichte sind die Zahlen ein Lehrstück dafür, welche teuren Konsequenzen es hat, wenn ein Staat seine ordnungspolitischen Grundsätze aufgibt und sich stattdessen planwirtschaftlichen Prinzipien zuwendet.»²⁶

Ideologisches

Es ist für Außenstehende schwierig zu beurteilen, von welchen wirtschaftstheoretischen Grundsätzen sich der Wirtschaftsminister Robert Habeck leiten ließ. Nach Medienberichten schätzte er die Volkswirtschaftlerin Mariana Mazzucato in ganz besonderem Maße. Zumindest brachte er seine Wertschätzung ihr gegenüber in einem Interview mit der Frauenzeitschrift „Myself“ zum Ausdruck, „indem er Mazzucato eine von sieben Frauen nannte, die sein Leben verändert hätten. Der ‘Spiegel’ gönnte ihr eine Cover-Story und kürte sie zur ‚wahren Erbin von Karl Marx‘.“²⁷ Was ist die Vorstellung dieser Volkswirtschaftlerin, auf die Habeck offenbar große Stücke hielt?

Ihr Credo lautet kurzgefasst: „Im Kampf gegen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – vor allem den Klimawandel – sei der Markt überfordert. Den Unternehmen mangle es am Willen, den richtigen Anreizen und der Übersicht, das Notwendige zu tun. Also muss es der Staat richten. Den Rahmen zu setzen, reicht nicht mehr. Es braucht den „unternehmerischen Staat“, der aktiv in Märkte eingreift und privatwirtschaftliche Entscheidungen lenkt.“²⁸

Die Volkswirtschaftlerin nimmt für sich in Anspruch zu wissen, was das Notwendige und Richtige sei. Zugleich spricht sie den Unternehmen die Fähigkeit und den entsprechenden Willen ab, das Richtige zu tun. Diese Anmaßung ist typisch für ein ideologisches und planwirtschaftliches Denken. Dass es an einem mangelhaften Ordnungsrahmen liegen könnte, der zu unerwünschten Effekten führt, kommt der Volkswirtschaftlerin erkennbar nicht in den Sinn.

Die Auffassung Mazzucatos entspricht offenbar der des damaligen Wirtschaftsministers Habeck. Zumindest handelte er entsprechend: Er griff zu planwirtschaftlichen Methoden, um die Wirtschaft nach seinen Vorstellungen zu lenken.

Deindustrialisierung

Die Energiekosten betreffen jeden Bereich unseres täglichen Lebens. Insbesondere ist aber jedes Industrieland auf preiswerte und sichere Energie angewiesen! Deswegen ist die Tatsache ökonomisch problematisch, dass die Energiekosten Deutschlands traurige Rekorde erzielen. Schon jetzt ist deutscher Strom zu teuer und nicht wettbewerbsfähig. Dabei stehen uns – aus den oben erwähnten Gründen – noch erhebliche weitere Stromkostensteigerungen bevor. Deutschland ist deswegen, laut dem Finanzminister Lindner, im weltweiten Kontext nicht mehr wettbewerbsfähig.²⁹

²⁵ Ebenda.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Giersch, Torsten: *Habecks Lieblings-Ökonomin träumt vom mächtigen Staat, der mit Zwang lenkt*, (12. Mai 2023) Focus https://www.focus.de/finanzen/news/mariana-mazzucato-habecks-liebblings-oekonom-in-traeumt-von-maechtigen-staat-der-mit-zwang-lenkt_id_193864590.html (letzter Zugriff 17.5.2023).

²⁹ Greive, Martin (6. Februar 2024) *Christian Lindner im Interview: „Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig“* Tagesspiegel https://www.tagesspiegel.de/politik/christian-lindner-im-interview-der-standort-deutschland-ist-nicht-mehr-wettbewerbsfaehig-11165962.html?utm_source=push (letzter Aufruf: 8.2.2024).

Deutschland hat kein schlüssiges Konzept. Die Unternehmen sind auf sich selbst gestellt und handeln entsprechend³⁰. Sie erweitern die Produktionskapazitäten nicht in Deutschland, sondern den USA³¹, investieren zunehmend im Ausland³² oder wandern gar ab.³³ In dem Fall werden die CO₂-Emissionen in Deutschland zwar reduziert, aber nicht weltweit. Die Deindustrialisierung schreitet voran.³⁴ „Laut einer neuen Auswertung haben ausländische Unternehmen 2023 rund 22 Milliarden Euro in Deutschland investiert – so wenig wie seit zehn Jahren nicht mehr. Die Studienautoren sprechen von Anzeichen einer Deindustrialisierung.“³⁵ Wenn nun die Auslandsinvestitionen wieder steigen, so sollten die Subventionen (s. Kap. 5.5. Subventionswettbewerb) davon ebenso in Abzug gebracht werden wie die Kapitalabflüsse.

In Deutschland kommt es derzeit zum „grünen Schrumpfen“. Deutschland schadet sich selbst, stellt sich ökonomisch ins Abseits. Daran wird sich beim Festhalten an der gegenwärtigen Politik nichts ändern. Es sollte nicht vergessen werden: Preiswerte Energie ist der Schlüssel zum Wohlstand. Eine Politik der Dekarbonisierung ist schädlich, wenn sie zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Sie muss effizient umsetzbar sein. Das ist möglich³⁶.

Besonders bedenklich sind die rückläufigen Investitionen in Relation zum BIP.³⁷ Bedenklich besonders auch deswegen, weil so effizienzsteigernde Investitionen ausbleiben. Darüber hinaus erleben wir eine besorgniserregende Kapitalabwanderung³⁸.

Viele gewichtige Stimmen warnen. Hier nur drei Beispiele:

- ifo-Präsident Clemens Fuest: „Wir beobachten in einer Reihe von Industrien, darunter mit Chemie und Auto in zwei Schlüsselbranchen, einen Abbau.“³⁹ Die Folgen: Abwanderung von Know-how, Kapital und Fachpersonal sowie – damit unmittelbar verbunden – Wohlstandseinbußen. Schon durch die Verteufelung der Atomenergie war das zu beobachten. Dabei locken besonders die USA deutsche Unternehmen mit billiger Energie, niedrigen Steuern und aktuell mit dem Inflation

³⁰ Maier, Michael: „Teure Energie: Unternehmen verlassen Deutschland“ Berliner Zeitung am 10. 10. 2022 in: <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/teuer-energie-unternehmen-verlassen-deutschland-li.275233> (zuletzt aufgerufen am 13.03.2023).

Holtermann, Felix: „Deutsche Unternehmen bauen ihre Standorte in den USA immer weiter aus“ Handelsblatt 29.09.2022 in: <https://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/wirtschaftspolitik-deutsche-unternehmen-bauen-ihre-standorte-in-den-usa-immer-weiter-aus-/28697464.html>. (zuletzt aufgerufen am 27.04.2023).

³¹ Meier, Jens (4. Februar 2024) *Es besteht die Gefahr einer Deindustrialisierung*; NZZ <https://www.nzz.ch/wirtschaft/es-besteht-die-gefahr-einer-deindustrialisierung-ld.1777276> (letzter Aufruf: 4.2.2024).

³² Rusche, Christian (28. Juni 2023) *Investitionen: Geldabflüsse in Deutschland so hoch wie nie*; Institut der Deutschen Wirtschaft <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/christian-rusche-geldabfluesse-in-deutschland-so-hoch-wie-nie.html> (letzter Aufruf: 4.2.2024).

³³ Olk, Julian (11. April 2023) *So viele deutsche Firmen wie seit 15 Jahren nicht wandern aus Kostengründen ab*; Handelsblatt <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/standortpolitik-so-viele-deutsche-firmen-wie-seit-15-jahren-nicht-wandern-aus-kostengruenden-ab/29084292.html> (letzter Aufruf: 4.2.2024).

³⁴ Dierig, Carsten: „Viele Länder gucken völlig verstört auf Deutschland“ Welt 19.4.2023 in: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus244838054/Hannover-Messe-2023-Viele-Laender-gucken-voellig-verstoert-auf-Deutschland.html> (zuletzt aufgerufen am 27.4.2023) und

(o. V.) *Deutsche Wirtschaft befürchtet schleichende Deindustrialisierung* WiWo 29.12.2022 In: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/industriepolitik-deutsche-wirtschaft-befuerchtet-schleichende-deindustrialisierung/28894868.html> (zuletzt aufgerufen am 27.4.2023).

³⁵ (o. V.) IW-Studie (14.3.2024) *Ausländische Investitionen in Deutschland niedrig wie lange nicht* Frankfurter Allgemeine in: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/auslaendische-investitionen-in-deutschland-niedrig-wie-lange-nicht-19585741.html> (letzter Aufruf: 15.5.2024).

³⁶ S. Kap. 17.

³⁷ (o. V.) KfW Research – Dossier: *Investitionen in Deutschland* in: <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/Dossier-Investitionen.html>.

³⁸ Rusche, Christian (28. Juni 2023): *Investitionen: Geldabflüsse in Deutschland so hoch wie nie*. Institut der deutschen Wirtschaft in: <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/christian-rusche-geldabfluesse-in-deutschland-so-hoch-wie-nie.html> (letzter Aufruf: 9.6.2024)

³⁹ Fuest, Clemens: „Deindustrialisierung in Deutschland bereits erkennbar“ ntv 17.07.2023 In: <https://www.n-tv.de/ticker/Deindustrialisierung-in-Deutschland-bereits-erkennbar-article24255990.html> (letzter Aufruf 12.7.2023).

Reduction Act, der klimaneutrale Industrien finanziell fördert.⁴⁰ Auch Menschen siedeln deswegen um.⁴¹

- „Deutschland wird deindustrialisiert, meint Hans-Werner Sinn. Ein Grund dafür sei die politisch gewollte Wende zur Elektromobilität, sagt der Ökonom. Allerdings bringe dies für den Klimaschutz so gut wie nichts.“ ... Stattdessen sei es politischer Willen gewesen, der nicht vorhersehbar war. Und: „Frankreichs Atomlobby und Autoindustrie wollten E-Autos schon lange, weil man da eine Chance sah, im Wettbewerb mit der deutschen Automobilindustrie wieder nach vorne zu kommen.“ Deswegen hätten sie mit den „grünesinnten Kräften“ der EU ein Verbrennerverbot durchgesetzt, meint Sinn.“⁴²

Ähnlich sei es in China verlaufen, führt Sinn weiter aus. Die Chinesen hätten jahrelang vergeblich versucht, mit den hochkomplexen Motoren deutscher Hersteller zu konkurrieren, und seien nun auf E-Autos ausgewichen. „Nun lacht man sich ins Fäustchen darüber, dass Deutschland seine Champions im Stall lassen muss und nur die E-Autos ins Rennen schicken darf.“

- Der Münchner Industrieökonom Oliver Falck: „Die inländischen Standorte der deutschen Industrieunternehmen entwickeln sich mehr und mehr zu Zentren der Unternehmensführung und Forschung und Entwicklung, wohingegen die eigentliche Produktion vermehrt im Ausland stattfindet.“⁴³

Am Bundesland Bayern soll hier exemplarisch die Deindustrialisierung aufgezeigt werden: Exportüberschüsse gelten als Zeichen wirtschaftlicher Stärke. Laut ifo-Institut hatte der Freistaat Bayern bis 2019 Exportüberschüsse. Seitdem stieg das Exportdefizit auf 34,2 Mrd. €. Ursache waren zwar auch die hohen Energiepreise, aber nicht nur. Von Anfang 2023 bis November war bereits ein Defizit im Güterhandel von 9,5 Mrd.€ aufgelaufen. Das ifo-Institut geht von einem dauerhaften Trend aus. Alarmierend ist, dass die Anlageinvestitionen in ganz Deutschland auf einem niedrigen Niveau verharren. Es fehlen Fachkräfte, Energie ist zu teuer, die Digitalisierung hat Defizite, ausländische Subventionen führten zu unfairen Wettbewerbsbedingungen und die ausufernde Bürokratie bremst. Das alles begünstigt und führt zu Produktionsverlagerungen in die USA und in den asiatischen Raum.⁴⁴

Die Folgen einer Deindustrialisierung wie der Verlust von Arbeitsplätzen, Wirtschaftskraft, Steuereinnahmen und Knowhow sind umfassend und nicht schlimm genug einzuschätzen. Schon in der Vergangenheit haben wir diesbezüglich unwiederbringliche Verluste erlitten; die Lederindustrie, Schwerindustrie, Bergbau, Schiffsbau und nun Atomindustrie sind verloren. Die hohen Kosten der Dekarbonisierung erschweren zudem notwendige Maßnahmen in der Infrastruktur, KI, Bausanierung usw. usw.

Dass es insgesamt ein Wachstum durch „grüne“ Energie geben könnte, ist Illusion. Das Problem sind die Scheuklappen und die Denkverbote, die mit der ideologisch geprägten Energiewende einhergehen. Sie negieren beispielsweise die Möglichkeiten der Atomenergie, eine Technologie, bei der Deutschland

⁴⁰ Kotlyarova, Luidmila: „Abwanderung der deutschen Industrie: „Das ist ein neuer Schlag in die Magengrube“, Berliner Zeitung 13.7.2023 in: <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/abwanderung-der-deutschen-industrie-das-ist-ein-neuer-schlag-in-die-magengrube/ar-AA1dNt2V?ocid=winpltaskbar&cvid=c68c219954be44018da1c80700abd7a6&ei=16> (zuletzt aufgerufen am 13.7.2023).

⁴¹ (o. V.) Focus online „Energieirrsinn sorgt für Auswanderungswelle nach Spanien“ 17.09.2022 in: https://www.focus.de/panorama/welt/hier-braucht-man-keine-heizung-energie-irrsinn-sorgt-fuer-auswanderungswelle-nach-spanien_id_147977379.html. (zuletzt aufgerufen am 14.3.2023).

⁴² Sinn, Hans-Werner (...) *Erzwungenes Verbrenner-Aus legte „Keim der Deindustrialisierung“*; Focus <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/top-%C3%B6konom-%C3%BCber-konjunktur-klimaschutz-und-b%C3%BCrgergeld-hans-werner-sinn-erzwungenes-verbrenner-aus-legte-keim-der-deindustrialisierung/ar-AA1mSjmN> (letzter Aufruf: 22.1.2024).

⁴³ Seitz, Jürgen (23. Mai 2023) im BR: <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/deindustrialisierung-lage-in-deutschland-und-bayern-eine-analyse,TWCwTma> (letzter Aufruf: 22.1.2024).

⁴⁴ (o. V.) 22. Januar 2024 *Bayerns Exportstärke schwindet spürbar*. NTV

dereinst die Weltspitze innehatte. Heute lesen wir, dass Südkorea der Durchbruch bei der Kernfusion gelungen ist⁴⁵.

Aus dem Tollhaus – Zahlung für Nichts und Negativpreise

Was sich im Zuge der Energiewende abspielt, kann man nur als chaotisch bezeichnen; es ist wie in einem Irrenhaus. Das System ist derart desaströs, dass alleine 2022 ein Betrag von 900 Mio. Euro für Strom bezahlt wurde (Entschädigungszahlungen), der nicht an Verbraucher gelangte, weil Stromleitungen fehlten.⁴⁶ Damit aber nicht genug: Am 2. Juli 2023, einem sonnigen und windigen Sonntag, hatten Wind- und Solaranlagen dermaßen viel Strom in das Netz geliefert, dass der Großhandelspreis für eine Megawattstunde Strom zeitweise auf –500 Euro fiel. Um den überschüssigen Strom loszuwerden, wurde er nicht nur verschenkt, sondern die Abnehmer (Schweiz, Österreich und Norwegen) erhielten noch Geld dazu. Sie konnten den Strom speichern und später teuer an Deutschland zurück verkaufen.⁴⁷ Insgesamt nahm seitdem die Zahl der Stunden mit negativen Preisen noch zu.

Leider hat der Verbraucher keinen Vorteil von niedrigen Großhandelspreisen; denn die (Strom-)Einspeisevergütung ist fixiert. Sinkt der Großhandelspreis unter diesen Wert, füllt die EEG-Umlage das entstandene Loch. Da die EEG-Umlage auf die Stromrechnung aufgeschlagen wird, hat der Verbraucher keinen Vorteil davon: Was er durch die niedrigen Stromentstehungskosten sparen würde, muss er durch die Umlage bezahlen.

Umverteilung und Bürokratie

Die Energiewendepolitik ist teuer. Sie führt zu finanziellen Härten. Diese meint die Politik abmildern zu müssen. Dazu gewährt sie verschiedene Beihilfen⁴⁸. Die Mittel dafür müssen sie an anderer Stelle eingetrieben oder eingespart werden. Es kommt zu Umverteilungen. Damit dies geregelt abläuft, bedarf es Vorschriften und Kontrollen. Ein Mehr an Bürokratie und weitere Kosten sind die Folgen. Es ist ergänzend zu fragen, nach welchen Kriterien die Umverteilungen erfolgen sollen. Aus Mangel an objektiven Maßstäben ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Alleine das Verursacherprinzip könnte eine Richtschnur sein. Dieses müsste aber bei allen gleichermaßen angewandt werden, um fair zu sein.

Der Staat griff im Zuge der Klimapolitik und des Russland-Ukraine-Krieges massiv in das Wirtschaftsgeschehen ein. Das nutzten einige Firmen und erzielten besonders hohe Gewinne. Die Politik sprach von „Übergewinnen“, die sie zusätzlich besteuern will: Zu den progressiven Gewinnsteuern sollten weitere Steuern zu bezahlen sein. Es sollte also bestraft werden, wer die Politik des Staates umsetzte und dadurch hohe Gewinne erzielte. Pikant ist, dass auch staatliche Unternehmen (Stadtwerke)⁴⁹ zu diesen Nutznießern gehören.

Die Angst vor Corona ermöglichte es, Fonds zu installieren und den Schulden-Deckel auszusetzen. Ein Fonds war der Corona-Wiederaufbaufonds. Die Gelder flossen jedoch nicht nur in die Minderung von Corona- und Lockdownschäden, sondern auch in die grüne und digitale Transformation.⁵⁰ Ein solches Umlenken von Kapital ist auch bei der Energiepolitik denkbar.

⁴⁵ Fritsche, Véronique (2024, 5. April) „Koreanische künstliche Sonne“ könnte Energieprobleme mit einem Schlag lösen Focus Online in: https://www.focus.de/wissen/technik/durchbruch-bei-kernfusion-koreanische-kuenstliche-sonne-koennte-energieprobleme-mit-einem-schlag-loesen_id_259824283.html.

⁴⁶ Haas, Simone, Oesch, Johannes (17.11.2023): *Deutschland muss immer häufiger Strom verschenken – und ihn anschliessend teuer zurückkaufen*, NZZ, in: <https://www.nzz.ch/visuals/deutschland-muss-immer-haeufiger-strom-verschenken-und-ihn-anschliessend-teuer-zurueckkaufen-ld.1765078> (letzter Aufruf 11.8.2024).

⁴⁷ Ebenda

⁴⁸ Bundesregierung: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/entlastung-fuer-deutschland/schutzschirm-wirtschaft-2125040>. 21 (o. V.) Vertretung der EU-Kommission in Deutschland (Dezember 2022) *EU-Kommission genehmigt deutsche Milliardenbeihilfen für Uniper und SEFE* https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-genehmigt-deutsche-milliardenbeihilfen-fur-uniper-und-sefe-2022-12-21_de (zuletzt aufgerufen am 5.4.2023).

⁴⁹ Halbach, Andreas und Goldmann, Ralph Monopolkommission kritisiert: Missbrauch bei Strom- und Gaspreisen ZDF 21.1.2022, gefunden bei: <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/missbrauch-strom-gas-tarife-100.html> (letzter Aufruf am 5.4.2023).

⁵⁰ Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 30. Juni 2022 bezüglich des Corona-Wiederaufbaufonds“. in: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/verteilungsschlüssel-fur-corona-wiederaufbaufonds-mehr-geld-fur-deutschland-2022-06-30_de (zuletzt aufgerufen am 5.4.2023).

Die Politik steuert die Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität. Das geschieht mit planwirtschaftlichen Mitteln. Diese bedürfen der Kontrolle und erfordern einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand.

Die Energiewende führt zu einer zunehmenden Nachfrage nach Strom. Sie ergibt sich aus der Zunahme der E-Mobilität und Wärmepumpen. Zudem benötigen die IT-Technologie und Cryptowährungen ebenfalls mehr Strom. Auch muss die E-Infrastruktur ausgebaut werden und es fallen Kosten für die Umstrukturierungen an. Nicht zu vergessen sind die zunehmenden Systemkosten für grünen Strom, die überproportional zum Ausbau nachhaltiger Energien wachsen (s. Exkurs 9). Dieser steigenden Nachfrage steht kein entsprechend steigendes Angebot gegenüber, so dass der Strompreis weiter steigen wird.

Energieaufwendige Industrien werden in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Das wird zur weiteren Deindustrialisierung führen. Soll sie aufgehalten werden, sind entweder dauerhafte Subventionen (Umverteilung) nötig, oder eine drastische Verminderung der Energiepreise. Schon brechen die Verkäufe von Wärmepumpen⁵¹ und E-Autos⁵² ein.

Die reduzierte Nachfrage nach Erdöl drückt tendenziell den Ölpreis, wodurch Konkurrenten Öl billiger einkaufen können, was zu weiteren Nachteilen für den Standort Deutschland führt.

Es sollte nicht in Vergessenheit geraten:

1. Eine preiswerte Energie ist ein Schlüssel zum Wohlstand.
2. Eine Politik der Dekarbonisierung ist ökonomisch schädlich, wenn sie zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Das zu vermeiden ist möglich.

Resümee – Gute Absichten ersetzen keine Expertise

Die Energiepolitik ist sehr teuer, aber hilft dem Klima kaum messbar. Die Politik ist überhastet und nicht effektiv. Die Habecksche ökologischsoziale „Marktwirtschaft“ hat einen planwirtschaftlichen Ansatz. Er engt Freiheiten und kreatives Handeln ein, statt sie zu fördern. Er lenkt Kapital in ineffektive Kanäle. Das Wirtschaftswachstum leidet. Es kommt zu überhöhten Energiepreisen und sozialen Härten. Um diese zu mildern, wird Geld umverteilt. Das aber erhöht den bürokratischen Aufwand. Die Entlastungen der einen müssen andere bezahlen. Leistung lohnt sich zum Teil nicht mehr. Unternehmen wandern ab.

Der Wirtschaftsminister Habeck wollte uns weismachen, dass

- steigende Energiepreise,
- überbordende Bürokratie,
- höchste Unternehmens- und Einkommensteuern,
- zunehmende Lohnzusatzkosten,
- Bevormundung,
- mangelhafte Investitionsanreize,
- akuter Arbeitskräftemangel,
- Umverteilungen,
- Subventionen unwirtschaftlicher Bereiche und
- exzessive Sozialausgaben

den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken. Das Gegenteil ist der Fall. Was sind die Konsequenzen? Keine Klimapolitik? Doch! Wir brauchen eine Klimapolitik! Das Klima ist aber ein globales Problem und kann nur global gelöst werden. Und es kann zudem marktwirtschaftlich gelöst werden, denn eines der marktwirtschaftlichen Prinzipien ist das Verursacherprinzip. Wenn dann jedoch eine „Verschmutzungsgebühren“ – wie beispielsweise die CO₂-Abgabe – eingezogen wird, so sind die

⁵¹<https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/das-wärmepumpen-desaster-verkäufe-brechen-ein-milliardenschaden-befürchtet/ar-AA11Cm5l?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=ac33fb8d38f54700a7a9bb9fcd035ad2&ei=9>

⁵² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/e-autos-zulassungen-100.html>

eingezogenen Mittel für die Beseitigung der Ursachen einzusetzen. Fließen diese Mittel in den Haushalt, so ist das eine Pervertierung der Grundidee; denn nun hat der Staat ein Interesse an der „Umweltverschmutzung“, denn er verdient daran.